

BRH AKTUELL

Herausgeber: BRH-Seniorenverband
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Redaktion: Dieter Berberich und Anita Losereit

Nr. 21/2011

06.06.2011

- 01 [Initiative für Spende von Organen](#)
- 02 [Weitere Krankenkassen von Insolvenz bedroht](#)
- 03 [Streit um höhere Beamtenbesoldung](#)
- 04 [Bundesrat will Haftungsbeschränkung für ehrenamtliche Vereinsmitglieder](#)
- 05 [Ansprechpartner und kostenlose Beratung bei Bedarf an osteuropäischen Haushaltshilfen](#)
- 06 [Protest des BRH gegen Fernsehwerbung der gesetzlichen Krankenkassen](#)
- 07 [Zwischenbescheid des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zum Wohn- und Verpflegungsgeld](#)
- 08 [Individuelle Gesundheitsleistungen und Ärztemangel](#)
- 09 [Pakt gegen Arbeitnehmer, Rentner und Kranke](#)

01 Initiative für Spende von Organen

Am 30. Mai 2011 sprach sich der CDU-Politiker Stefan Grüttner, hessischer Sozial- und Gesundheitsminister, dafür aus, dass die Regelung der überwiegenden Mehrheit europäischer Länder, die so genannte „erweiterte Widerspruchslösung“ auch für Deutschland übernommen werden soll.

Diese beinhaltet, dass alle an Hirntod Verstorbenen dann als Spender von Organen in Betracht kommen, wenn kein ausdrücklicher Widerspruch von ihnen oder den Angehörigen erfolgt sei. Bis jetzt gilt, dass eine Zustimmung zur Organentnahme explizit vorliegen muss.

Die Änderung des Transplantationsgesetzes will er mit Markus Söder von der CSU Ende Juni 2011 auf der Konferenz der Gesundheitsminister einbringen. Es soll den momentan 12.000 Patienten, die auf einen Spender warten, die Aussicht auf ein Spenderorgan verbessern. Von den 12.000 schwer Erkrankten warten allein 8.000 auf eine Niere. Im europäischen Vergleich hinkt Deutschland hinterher, hier sind es als Beispiel 15,7 Spender pro Million Einwohner, in Spanien hingegen mehr als 30 von je einer Million Einwohnern.

Während 75 Prozent aller Deutschen zur Organspende bereit sind, hat dies jedoch nur ein Viertel der Befürworter per Spendenausweis festgelegt. Es wird kritisiert, dass es für die Angehörigen von Hirntoten eine Überforderung darstellt, den Tod des Familienmitglieds zu verkraften und gleichzeitig – denn die betroffenen Personen dürfen es als einzige entscheiden – die Willensäußerung zu treffen.

Am Samstag, 04. Juni 2011 ist „Tag der Organspende“ und in vielen Städten sind Aktionen geplant, die informieren und zu diesem Zweck Materialien ausgeben. Schließlich kann ein „Ja“ im Organausweis Leben retten.

(Quelle: FAZ vom 31. Mai 2011)

[Seitenanfang](#)

02 Weitere Krankenkassen von Insolvenz bedroht

Wie die Financial Times Deutschland am 30. Mai 2011 berichtet, sind nun 22 Kassen als weitere Risikogruppe für eine bevorstehende Pleite identifiziert. Nach Angaben des Verbandes der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) informierte die „Wirtschaftswoche“ sogar über 23 gefährdete Kassen. Deren Recherche beruhte auf Daten der GKV „aus der Zeit vor der Schließung der City BKK“. Die gefährdeten Krankenkassen haben ein Mitgliedervolumen von 28 Millionen.

[Seitenanfang](#)

03 Streit um höhere Beamtenbesoldung

Die SPD und die Linkspartei im Landtag Hessens haben sich gegen die „Sonderopfer“ der hessischen Landesbeamten gewehrt. So folgte aus dem Innenausschuss die Forderung nach „unverzögerlicher und vollständiger Übertragung der Einkommensverbesserungen der Tarifbeschäftigten auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger“ (Günter Rudolph, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD). Dabei wies er auf die momentane 42-Stunden-Woche der betreffenden Beamten hin und den Umstand, dass sie auch noch auf die einmalige Sonderzahlung von 360 Euro verzichten sollen und zusätzlich werde ihnen abverlangt, 2011 sechs Monate und 2012 sieben Monate auf eine Einkommenserhöhung zu verzichten. Ebenfalls als „inakzeptabel“ bezeichnete dies der Linkenabgeordnete Hermann Schaus.

Seitens der CDU wurde dem gegenübergestellt (es äußerte sich der Innenminister Boris Rhein), dass 250 Millionen Euro an Mehrbelastungen auf die Region zukämen, wolle man die Forderungen erfüllen. Ein FDP-Abgeordneter ließ dazu verlautbaren, dass es zwar wünschenswert sei, eine verzögerte Anpassung vorzunehmen, aber diese läge „zwischen Wünschenswertem und Machbarem“.

Die CDU/FDP-Regierung sagte dazu, dass bereits die an sich geplanten Erhöhungen der Beamteneinkommen um 1,5 Prozent ab Oktober 2011 und 2,6 Prozent ab Oktober 2012 derartige Mehrbelastungen für den Landeshaushalt bedeuteten, dass man „mit Augenmaß gegenüber dem Steuerzahler und der Haushaltslage“ handeln müsse.

Vom Grünen-Parlamentarier Jürgen Frömmrich wurde zumindest dafür gestimmt, dass man den „unteren Lohngruppen“ wenigstens eine Einmalzahlung gewähre.

(Quelle: FAZ vom 31. Mai 2011)

[Seitenanfang](#)

04 Bundesrat will Haftungsbeschränkung für ehrenamtliche Vereinsmitglieder

In der Neuen Juristischen Wochenzeitschrift 22 von 2011 wurden die Gesetzgebungspläne des Bundesrates zur Absicherung ehrenamtlich tätiger Vereinsmitglieder bekannt. Der Bundesrat will diese Gruppe in Zukunft geeignet gegen Haftungsgefahren absichern.

Der entsprechende Entwurf sieht vor, das dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) ein neuer § 31 b hinzugefügt wird, der ein Vereinsmitglied nur dann als haftbar erachtet,

wenn man ihm grobe Fahrlässigkeit oder gar Vorsatz nachweisen kann. Dem geschädigten Dritten muss das Mitglied weiter haften, jedoch ist es ihm möglich, sich vom Verein von der Haftung freisprechen zu lassen. Voraussetzung hierfür ist die ehrenamtliche Mitgliedschaft im Verein und ein Limit von 500 Euro im Jahr als Vergütung dieser Tätigkeit. Die Begründung des Bundesrates für die Haftungsbeschränkung ist die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit, denn der Bürger würde sich gerne ehrenamtlich beteiligen, das sich daraus ergebende Haftungsrisiko sei jedoch abschreckend. Somit habe der Gesetzgeber die Möglichkeit, erforderliche und geeignete Konditionen zu schaffen, die das Ehrenamt attraktiver machen.

[Seitenanfang](#)

05 Ansprechpartner und kostenlose Beratung bei Bedarf an osteuropäischen Haushaltshilfen

In der Maiausgabe der Mitgliederzeitschrift Aktiv im Ruhestand berichtete der BRH über osteuropäische Pflegekräfte. Wir erhielten von einem Mitglied aus NRW den Hinweis auf die Arbeitsagentur, die eine zentrale Vermittlungsstelle für dieses Personal in Bonn unterhält.

Die Einstellung osteuropäischer Haushaltshilfen über die ZAV (Zentrale Auslands- und Fachvermittlung) bietet sich an, wenn Familienmitglieder die Tag- und Nachtbetreuung nicht mehr übernehmen können. Nach persönlichen Erfahrungen unseres Mitglieds können die Kosten sogar noch gut unter 1.900 Euro liegen, weil bei einer Vermittlung über die Agentur die Vermittlungsgebühren der privaten Vermittlungsunternehmen wegfallen, außerdem sei die rechtliche Sicherheit gewährt.

Die Informationen der ZAV bzw. die Unterstützung der Betroffenen ist umfangreich und kostenfrei. Die ZAV in Bonn bietet auch Informationsveranstaltungen an (nach Terminabsprache deutschlandweit).

Vermittlungsabsprachen bestehen mit folgenden Ländern: Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, der slowakischen und der tschechischen Republik sowie Slowenien.

Für Interessierte die Kontaktdaten: Ansprechpartner bei der ZAV sind Herr Zuther, Tel. 0228 713-1336 und Herr Schelenhaus, Tel. 0228 713-1103. Außerdem kann man sich vorab über die Homepage www.zav.de und ZAV-Bonn-Haushaltshilfen@arbeitsagentur.de informieren.

[Seitenanfang](#)

06 Protest des BRH gegen Fernsehwerbung der gesetzlichen Krankenkassen

Nach Hinweisen des Ehrenmitglieds, Herrn Nitz, auf häufige Werbespots der gesetzlichen Krankenversicherungen im Fernsehen, hat der Bundesvorsitzende unter dem Betreff „Protest gegen Fernsehwerbung“ folgendes Schreiben an die großen gesetzlichen Krankenversicherungen gerichtet:

Sehr geehrte Damen und Herren, wir bedauern sehr und kritisieren vehement, dass die Werbung für Ihre Versicherung zur besten Sendezeit hohe Summen an Geldern verschlingt. Dieses enorme Budget sollte aus unserer Sicht dazu verwendet werden, die Beiträge zur Krankenversicherung zu reduzieren.

Wir möchten nachdrücklich anregen, eine sinnvolle Verwendung finanzieller Mittel vorzunehmen, denn damit erhöht sich nicht nur die Kaufkraft der betroffenen Beitragszahler, sondern insbesondere die von Renten- und Pensionskürzungen Betroffenen werden hierdurch spürbar entlastet.

Wir erachten es als Ihre Pflicht, sowohl im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage als auch zur Vertrauensbildung bei Ihrer Zielgruppe, unserer Forderung nachzukommen. Die Kritik spiegelt die Ansicht unserer Mitglieder, die wir bundesweit vertreten und deren Ansinnen wir hiermit nachkommen.

Mit der Bitte um Stellungnahme und mit freundlichen Grüßen, Dieter Berberich (Bundesvorsitzender)

[Seitenanfang](#)

07 Zwischenbescheid des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zum Wohn- und Verpflegungsgeld

Die Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, Rita Kiriasis, hatte auf Anregung der Kommission Rente und Versorgung bezüglich der Berücksichtigung von Wohn- und Verpflegungsgeld gemäß dem Recht der DDR an das sächsische Innenministerium geschrieben und folgende Antwort erhalten:

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Staatsminister Ulbig bedankt sich für Ihr Schreiben und hat uns gebeten, Ihr Anliegen zu prüfen.

Ob und in welcher Form Wohn- und Verpflegungsgeld, das nach dem Recht der DDR als Bestandteil des Arbeitsentgelts gezahlt wurde, bei der Berechnung der „Altersbezüge“ zu berücksichtigen ist, ist eine versorgungsrechtliche Frage.

Wir haben daher Ihr Schreiben an das für versorgungsrechtliche Angelegenheiten zuständige Ressort – das Staatsministerium der Finanzen – mit der Bitte um Bearbeitung weitergeleitet. Mit freundlichen Grüßen, Dr. Irmgard Weiß, Referatsleiterin Dienstrecht, Aus- und Fortbildung

[Seitenanfang](#)

08 Individuelle Gesundheitsleistungen und Ärztemangel

Am 31. Mai 2011 fand der Deutsche Ärztetag in Kiel statt und der scheidende Präsident der Bundesärztekammer, Jörg-Dietrich Hoppe, ermahnte Ärzte, den Kassenpatienten die so genannten individuellen Gesundheitsleistungen „Igel“ nicht aufzunötigen. Diese werden von den Krankenkassen nicht bezahlt, weil sie als „überflüssig“ erachtet werden bzw. eine medizinische Indikation nicht vorliegt. Selbst unter den Ärzten herrscht keine Einigkeit bezüglich der Zweckdienlichkeit, dennoch werden die Extraleistungen laut Hoppe allzu oft und zu massiv beworben. Man könne die Patienten nicht wie Kunden im kaufmännischen Geschäftsleben behandeln, argumentierte Hoppe mit Nachdruck.

Des Weiteren warnte Hoppe vor dem Ärztemangel mit Blick auf die kommenden zehn Jahre. Ein Mangel von 50.000 Ärzten und 5.000 unbesetzten Stellen in den Krankenhäusern sei zu beklagen. Dem wirke man mit dem zurzeit beratenen „Versorgungsstrukturgesetz“ entgegen, stellte der Gesundheitsminister, Daniel Bahr von der FDP, hierzu fest. Er wolle zwar keine Rangliste zu bezahlender Behandlungen festlegen, denn dazu würden die Mittel fehlen, aber die Gebührenordnung für Ärzte, auf deren Grundlage mit Privatpatienten abgerechnet wird, reformieren. Die Bundesregierung will auch die ambulante Versorgung

verbessern, die Redaktion von Aktuell hat hierüber in der Ausgabe 20 vom 30.05.2011 unter Nummer 11 berichtet.

Hoppe lobte die Änderungsbemühungen, forderte aber für die Zukunft auch mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bundesärztekammer in der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens. Überdies kritisierte er die privaten Krankenversicherungen für die enorme Höhe ihrer Provisionen, die mit 2,6 Milliarden Euro um die Hälfte weniger als die Überweisungen an niedergelassene Ärzte betrügen. Er lehnt Öffnungsklauseln in der Gebührenordnung, wie die PKV sie fordert, mit der Begründung ab, dass die privaten Kassen so „ihre Profite auf dem Rücken der Ärzte“ erhöhten. (Quelle FAZ vom 1. Juni 2011)

[Seitenanfang](#)

09 Pakt gegen Arbeitnehmer, Rentner und Kranke

Für die IG Metall sind die Sparpläne, die am 8. Juni 2011 im Europäischen Parlament abgestimmt werden sollen, geeignet, den Arbeitnehmern, Rentnern und Kranken die Kosten für die Wirtschaftskrise aufzubürden.

Daher ruft die IG Metall dazu auf, dem Druck der europäischen Wirtschaftsregierung auf Sozialleistungen und Löhne entgegenzuwirken und sich dem Protest anzuschließen. Dies soll mit einem Schreiben an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum Ausdruck gebracht werden. Darin werden die Gesetze zum Nachteil der oben aufgeführten Betroffenen abgelehnt. Den von der IG Metall erstellten Musterbrief kann jeder persönlich seiner/seinem Europa-Abgeordneten zusenden. Den Vertreter im Europäischen Parlament findet man im Internet, wo außer dem Musterbrief auch die Europa-Abgeordneten-Liste und andere Infos zum „Pakt der Europäer“ zu finden sind und heruntergeladen werden können.

<http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-4DE834E6-DFEAE9F9/internet/style.xsl/europaeische-wirtschaftsvereinigung-7841.htm>

[Seitenanfang](#)